

Lübener Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Verleger Hr. 226;

Mit der Illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Verleger Hr. 226]

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Inhalt des „Lübener Volksboten“ und ist durch die Verleger, Verlagsanstalten, Buchhändler, Zeitungsverkäufer, Postämter, etc. zu beziehen. — Preis vierteljährlich 1,00, monatlich 33 Pf. — Anzeigenpreise: Nr. 1024, letzter Nachtrag.

Die Anzeigenpreise betragen für die vierteljährliche Beilage oder deren Raum 16 Pf., für die Beilage selbst, Wochen- und Monatsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr Vormittags, später tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 62.

Dienstag, den 14. März 1905.

12. Jahrg.

Diese eine Beilage.

Geldherrschaft.

II.

+ In unserem ersten Artikel haben wir den Nachweis geliefert, daß der Handarbeiterstand in Lübeck entsprechend seiner Bedeutung und Notwendigkeit im wirtschaftlichen Familienleben an erster Stelle steht. Wie aber sieht nun die „engerechte Vertretung“, welche eine hochwohlwährende Wahlrechtsvereinfachungskommission dem Handarbeiterstande einräumen will, aus? Von 120 Bürgerstimmen sollen diesem im höchsten Falle 15, sage und schreibe: fünfzehn Sitze, ein Viertel, zufallen. Die Kommission ist also der Meinung, daß die Bedeutung des Handarbeiterstandes für das wirtschaftliche Familienleben Lübecks im Verhältnis zu der Bedeutung der übrigen Stände wie 8:1 ist. Mit andern Worten: acht Proletarier — die zwar nicht das Glück hatten, in einer Villa geboren zu werden, die aber ihren und rechtlich vom frühen Morgen bis zum späten Abend durch ihrer Hände Arbeit zur Weiterentwicklung Lübecks beigetragen haben — sind notwendig, um einen Angehörigen der besitzenden, sich vom Proletariat schneidenden Klasse aufzuwiegen. — So schlägt eine gemeinsame Kommission des Senats und der Bürgerchaft der „Freien“ und Hansestadt Lübeck den Wert des Handarbeiterstandes ein! Werden wir anstelle der Mitglieder dieser Kommission über ein so geringes soziales und wirtschaftliches Verständnis verfügen, wie es hier zum Ausdruck zu kommen scheint, wie lassen uns sofort unser Schußgelb wiedergeben!

Sehen wir uns nun die Gründe, die einer gemeinsamen Kommission zu dieser Mißachtung des Handarbeiterstandes Veranlassung gegeben haben, etwas genauer an. Sie spiegeln sich im Kommissionsbericht wieder in folgenden Ausführungen: „... Andererseits aber fordert der Umstand eine ernste Berücksichtigung, daß tatsächlich wie das Ergebnis der letzten Reichstagswahl erwiesen hat, die überwiegende Mehrheit des städtischen Arbeiterstandes der Fahne der sozialdemokratischen Partei folgt und daß daher die Vertretung der Arbeiterklasse in der Bürgerchaft eine sozialdemokratische sein wird. Die Arbeitervertreter werden sich zu einer sozialdemokratischen Fraktion zusammenschließen, sie werden schließlichen geschlossen vorgehen und geschlossen abstimmen. Schon infolge ihrer faktischen Gebundenheit werden sie nicht immer zu einer rein sachlichen Beurteilung des Einzelfalles vom Standpunkte des Lübeckischen Allgemeininteresses kommen, sie werden vielmehr bei ihrer Zugehörigkeit zu der gesamten deutschen sozialdemokratischen Partei Einflüsse von außen, die im höchsten Interesse der Partei auf sie ausgeübt werden, zu folgen, nur zu sehr geneigt sein. Diese Erwägungen nötigen zu besonderer Vorsicht bei der Bemessung des Einflusses der Arbeiterklasse in der bürgerchaftlichen Vertretung Lübecks.“ — Die Mißachtung des Handarbeiterstandes verdammt also dem Umstand seine Entstehung, daß der überwiegende Teil desselben sich losgerissen hat von den bürgerlichen Parteien und sich nicht mehr von ihnen in's Schlepptau nehmen lassen will. Das, was in einem wirklich freien Staates als eine erfreuliche Erscheinung angesehen werden müßte: die politische Mündigkeit der Arbeiterklasse — das wird in der „freien“ Republik Lübeck von dem Klüngelanten dazu benutzt, um dieser Klasse einen Strich zu drehen, ihre Rechte als Staatsbürger in einschneidender Weise zu beschränken. So behauptend das auch sein mag, so liefert dieses Vorgehen der herrschenden Klasse und doch den besten Beweis dafür, daß die hiesigen bürgerlichen Parteien jede Hoffnung aufgegeben haben, jemals wieder festen Fuß in der Arbeiterklasse zu lassen. Die Begründung der Vorläge der Kommission birgt eine offene Bankrotterklärung unserer Gegner als politische Parteien in sich.

Einen schweren Vorwurf aber birgt die Behauptung in sich, die sozialdemokratischen Bürgerchaftsmitglieder seien infolge ihrer parteipolitischen Gebundenheit und der „Einflüsse von außen“ nicht immer einer rein sachlichen Beurteilung des Einzelfalles vom Standpunkte des Lübeckischen Allgemeininteresses fähig. Da sich in der gemeinsamen Kommission auch Leute befinden, die Reichswissenschaftler sind, so sollte man doch erwarten, daß ihrerseits nicht Hauptfragen aufgestellt werden, für die sie den Beweis nicht erbringen können. Wir fordern also die gemeinsame Kommission hiermit auf, uns auch nur einen einzigen Fall anzuführen, wo sozialdemokratische Kommunalvertreter parteipolitische Interessen dem Allgemeininteresse vorangestellt haben sollen.

Sollte uns dieser Beweis nicht erbracht werden, dann würden wir zu der Annahme gezwungen sein, daß die gemeinsame Kommission der Sozialdemokratie das untersteibt, was die heutigen herrschenden Klassen Lübeck bei weitem weit mehr als die Bürgerchaft in ihrer überwältigenden Mehrheit Gelder bewilligt hat, deren Verwendung nicht im Interesse der Allgemeinheit, sondern im Interesse einer an der Krippe hängenden kleinen Clique erfolgte. Wenn die Herren die Beweise für diese Behauptung wünschen, dann haben sie ihnen jederzeit zur Verfügung.

Politische Handlungen.

Verständnis.

Erledigung des Stats. Der Seniorsenat des Reichstages hat gestern vor der Sitzung entsprechende Vorschläge des Bureaus in Aussicht genommen, den Stat bis zum 31. März zu erledigen. Reichsgraf von Helldorf machte über die Verteilung der Zeit auf die einzelnen Statteile folgenden Vorschlag: Für den Stat des Reichsanwalts des Innern sollten noch zwei Tage verwandt werden, für den Stat des Reichsanwalts, des Auswärtigen Amtes und der Schutzgebiete vier Tage vom 15. bis 18. für die Militärgehalte und den Militäretat fünf Tage vom 20. bis 24. Am Sonnabend, den 25. März, ist katholischer Feiertag und daher keine Sitzung. Für die Höhe und Verwendung der Mittel ist der 27. März bestimmt, am 28. soll Repräsentativ sein, am dem event. Wahlsprüngen zur Verhandlung kommen sollen, der 29. und 30. und schließlich am 31. März sind für die dritte Lesung bestimmt. Mit diesem Arbeitsplane haben sich alle Parteien einverstanden erklärt, ohne eine Bindung auf jede Einzelheit zu übernehmen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Antrag im Reichstage eingebracht, der die Regierung auffordert, eine Verordnung zu erlassen, durch welche die Arbeit in Glasfabriken an Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme der Hilfsarbeiten, die zur Unterhaltung der Glashütten notwendig sind, verboten, und die Dauer der Arbeit in der gesamten Glasindustrie gemäß § 120 e der Reichsgewerkeordnung beschränkt wird.

Vom „glorreichen“ Sandwüstenkrieg. Blättermeldungen zufolge soll beabsichtigt sein, von jetzt ab alle zwei Monate einen Ergänzungstransport nach Südwestafrika zu senden, damit die Abgänge, die während dieses Zeitraums auf 200-250 Mann veranschlagt werden, wieder ergänzt werden können. — Dieser unglückliche Kriegsfeldzug kostete dem deutschen Volke nicht nur zahlreiche Opfer an Menschenleben — sind doch die Ende Februar 876 Tote, 373 Verwundete und Vermisste, also insgesamt 1249 Mann zu verzeichnen — sondern auch eine beträchtliche Summe Geldes, mit der eine ganze Reihe Kulturaufgaben geübt werden könnten.

Keine Reichserschöpfungssteuer. Im preussischen Landtage erklärte gestern der preussische Finanzminister Freyler v. Helldorf, was die Frage der preussischen Erbschaftsteuer, die 11 Millionen Mark bringe, könne keine Rede sein. Da also Preussen für eine Reichserschöpfungssteuer nicht eintritt, so ist an deren Durchführung nicht zu denken.

Die Reichs- und Staatsangehörigkeit in Deutschland. Das preussische Oberverwaltungsgericht hat in einer Entscheidung ausgesprochen, daß unter Umständen auch Personen, welche die Reichs- und Staatsangehörigkeit in Deutschland nicht besitzen und nicht erhalten, zum Militärdienst herangezogen werden können. — Der Arbeiter Stahl, ein Deutscher, war nach Amerika ausgewandert und hatte die dortige Staatsangehörigkeit erworben. Er kehrte jedoch später nach Deutschland zurück und wollte sich nicht in dem Sinne, da das amerikanische Bürgerrecht für ihn bereits erloschen war, in den deutschen Reichsverband aufnehmen lassen. Sein beschließliches Gesuch wurde jedoch vom Berliner Polizeipräsidenten abgelehnt, da er eine fremde Staatsangehörigkeit besitze. (Daß er diese inzwischen wieder verloren hätte, wurde für gleichgültig erachtet). Da nun nach § 11 des Reichs-Militärgesetzes Personen, welche die Reichsangehörigkeit verloren, eine andere Staatsangehörigkeit aber nicht erworben oder wieder verloren haben, bei dauerndem Aufenthalt in Deutschland militärisch fähig sind, so bezogten die beiden Stuhl diese Bestimmung als Begründung ihrer Klage beim Oberverwaltungsgericht gegen den ablehnenden Bescheid des Berliner Polizeipräsidenten. Sie wiesen darauf hin, daß nach dem oben angeführten Paragraphen eine verloren gegangene fremde Staatsangehörigkeit als gar nicht vorhanden anzusehen sei. Das Oberverwaltungsgericht wies ab, daß die Klagen ab und zwar unter folgender Begründung: „Ein ehemaliger Deutscher habe, wenn er durch zehnjährigen Aufenthalt im Ausland der Staatsangehörigkeit in Deutschland verlustig gegangen sei, bei seiner Rückkehr in

das Reichsgebiet und seiner Niederlassung in einem Bundesstaate keinen Rechtsanspruch auf Wiederaufnahme dann, wenn er inzwischen Angehöriger eines fremden Staates geworden war. Ebenso verhalte es sich unter der Herrschaft eines Staatsvertrags, wie dem mit Nordamerika, wo die zehnjährige Frist auf eine fünfjährige, verbunden mit Naturalisation für dem fremden Staate, vermindert worden sei. Insbesondere werde auch durch ein Wiedererlangen der fremdstaatlichen Naturalisation oder durch einen Verzicht auf die Rechte aus dieser ein Anspruch auf Wiederaufnahme nicht begründet. Bisher ist schließlich der Hinweis des Klägers auf den § 11 des Reichsmilitärgesetzes, der ausnahmsweise auch Nichtinländer der Stellungspflicht vor den Kriegsverfahren und der Aushebung unterwerfe, namentlich solche Personen, welche das Reichsgebiet verlassen, eine andere Staatsangehörigkeit aber nicht erworben oder wieder verloren haben, vorausgesetzt, daß sie ihren dauernden Aufenthalt in Deutschland nehmen. Im § 11 werde, wie die Begründung des Gesuchwerfers und eine Erklärung des Präsidenten des Reichsanwalts in den Reichstags-Verhandlungen ergäben, nur die Absicht verfolgt, das Privilegium der Heimatlosen, die keinem Staate unterworfen und deshalb auch der Militärpflicht keines Staates unterworfen waren, zu beseitigen. Der Gesuchgeber sei weit davon entfernt gewesen, an die Einstellung solcher Personen, die er von dem nach Lage des Einzelfalles zu beabsichtigenden Militärdienst abhängig macht, eine stillschweigende Naturalisation zu knüpfen, oder auch nur eine Verpflichtung der in Betracht kommenden Personen zur Nachsicherung ihrer Wiederaufnahme. Für die Wiederaufnahme in die deutsche Bundes- und Staatsangehörigkeit könne aus § 11 des Reichs-Militärgesetzes somit nichts hergeleitet werden. Mit Recht sei den Klägern die Aufnahme-Klause verweigert worden, weil ein Anspruch darauf ihnen nicht zugestanden habe.

Neuer neue Verkehrserschwerungen an der russischen Grenze. Nach der „Abgabeburger Hartungsche Zeitung“. Seit dem 23. Februar d. J. erheben die russischen Zollstellen bei der Ausfuhr von Waren eine Gebühr, die bei Waren im Werte von 1 bis 1000 Rubel 20 Kop. gleich 43 Pf. und bei Waren von höherem Werte weitere 20 Kop. für je 1000 Rubel Warenwert beträgt. Die Abgabe wird auf direkte Anweisung des russischen Finanzministers unter der Bezeichnung „Kontingentsgebühr“ erhoben und fließt in die Staatskasse. Auf Grund welcher Rechtsgrundlage die Erhebung dieser Gebühr erfolgt, ist unbekannt, allem Anschein nach steht sie aber in Widerspruch mit dem Handelsvertrag, denn sie stellt sich als eine neue Abgabe auf bisher zollfreie Waren heraus, als eine Erhöhung der tarifmäßigen Zölle dar, die ohne Zustimmung des anderen Vertragskontrahenten während der Dauer des Handelsvertrages nicht zulässig ist. Der große Warenverkehr wird durch die Abgabe allerdings nur wenig betroffen, desto stärker wird aber der kleine Grenzverkehr in Mitleidenenschaft gezogen. Während bisher hunderttausende von Bewohnern unseres Grenzbezirks die russischen Grenzmarkte aufsuchten, um dort ihren Bedarf an den notwendigen Lebensmitteln (Brot, Mehl, Fleisch, Eier, Butter usw.) billig zu decken, wird ihnen diese Gelegenheit jetzt entzogen, denn von der Kontingentsgebühr bleiben nur die sogenannten Freimengen (2 Kilogr. Schweinefleisch und 3 Kilogr. Brot oder Mehl) frei, von allen übrigen Waren im Werte von über 1 Rubel ist die Gebühr zu entrichten. Auch die russischen Sandbewohner können mit kleineren Mengen Butter oder Eier die inländischen Märkte nicht mehr besuchen, denn 100 Stück Eier oder 3 bis 4 Pfund Butter die hohe Belastung um 43 Pfennig nicht. Es ist deshalb im Interesse der Bevölkerung unseres Grenzbezirks, deren Ernährung infolge der bestehenden Fleischverbotens und der die Fleischzufuhr an vielen Orten gänzlich ausschließenden Vorschriften des Fleischbeschlageses ohnehin schon erschwert genug ist, dringend geboten, daß sich die zuständigen amtlichen Stellen etwas näher mit der russischen Regierung besprechen, damit die Versorgung der in nächster Nähe der russischen Grenze wohnenden Bevölkerung, insbesondere der zahlreichen Grenzbeamten, Gendarmen und Lehrer, mit den notwendigen Lebensmitteln nicht gänzlich in Frage gestellt wird. — Der 23. Februar ist der Tag nach Annahme der Handelsverträge im Reichstage. Von russischer Seite hat man also sofort mit neuen Verkehrserschwerungen eingeleitet. Aber das Königsberger Abkommen ist, wenn es heißt, daß man sich an zureichender Stelle in Deutschland viel darnach kümmern werde. Der Grenzverkehr ist unseren Agrariern längst ein Dorn im Auge. Hindernisse die ihnen, so brauchen die Preußen es nicht zu tun. Nach agrarischer Ansicht, der die Regierung sich ja vollständig beugt, ist ja alles in Ordnung.

Erledigtes Reichstagsmandat. Der Zentrumsabgeordnete Binder, der den Reichstagswahlkreis Kaufbeuren vertrat, ist gestorben. Der Reichstag ist eine

Hochburg des Zentrums; gegen 12 200 Zentrumstimmen brachten wir es nur auf 846 Stimmen.

Kleine politische Nachrichten. Die Kommission zur Beratung der Strafprozedurordnung wird im Laufe dieses Monats ihre letzte Sitzung abhalten. Das Verhandlungsprotokoll soll dann gedruckt und veröffentlicht werden. — Der König von Italien hat die Demission Giolitti angenommen und Fortis offiziell mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut. — Die Krise im britischen Kabinett ist erledigt. Der anti-churchillische Flügel in demselben hat eine neue Verstärkung erfahren. Davon wird Chamberlain wohl wenig erbaut sein.

Rußland.

Zur Lage. Gleich Orsk hat die Autokratie nun auch den in Moskau verhafteten Schriftsteller Andrejew, sowie seinen Kollegen Skialoz aus der Haft entlassen. — Die „Konstitution“, die Wätergen kein Koffe geben will, soll nicht vor Mitte Mai verhandelt werden. Sie soll in einem Zweikammer-System mit einem Herrenhaus nach dem Muster des österreichischen Herrenhauses und einer Vertretung der Zemstvos mit fünfjährigem Mandat bestehen. Wer weiß, was bis zum Mai noch alles in Rußland passiert. — Die Bombe, welche Sonnabend im Hotel Bristol in Petersburg zu Fuß zur Explosion kam, soll für Trepow bestimmt gewesen sein. — In Petersburg konnte gestern insolge des allgemeinen Streiks der Schar keine Zeitung erscheinen. — Auf den Polizeikommissar Hoffenberg in Kiew ist ein Revolvertentat verübt worden; der Schuß ging jedoch vorbei. Der Angezeigte entkam.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübder Volksboten“

Berlin, den 13. März 1903.

162. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Graf Boladowitsch. Zunächst ehrt das Haus das Andenken des verstorbenen Abg. Linder (3.) durch Erheben von den Sigen.

Nunmehr wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamt des Innern beim Bundesamt für das Heimatwesen fortgesetzt.

Schäfer (R.) verlangt Verstärkung der Heil für die Erwerbung eines neuen Unterbringungswohnsitzes, damit zum Beispiel eine Gemeinde nicht noch auch für ein Kind zu sorgen braucht, welches von einer Frauensperson nach ihrem Wegzuge aus der betreffenden Gemeinde in die Welt gesetzt wird. (Große Heiterkeit und Beifall bei den Konstituerten.)

Staatssekretär Graf Boladowitsch kündigt für die nächste Session eine Novelle zum Reichsarmengesetz (Gesetz über den Unterbringungswohnsitz) an, welche die vom Abg. Schäfer beklagten Mängel beseitigen werde.

Sein Art. 10 (Statistisches Amt) bemängelt Erzberger (3.) die Statistikalität über deren Mängel sich alle organisierten Arbeiter mit Recht beschwerten. Sei man sich besinnen die Volkseigenen, den das Material, und man kann auf die Vermutung kommen, daß man Material für eine neue Zählung sammeln will. Dem müssen wir vorbeugen. Bei den Gewerbebetrieben, bei den Arbeitgebern und Arbeiterorganisationen, bei den gewerkschaftlichen Arbeitervereinen muß das Material zur Statistikalität beschafft werden. (Beif. i. Fern.)

Die Abg. Botthoff und Gorbair (F.Fg.) bemängeln die über die Mitglieder und Mitarbeiter des Statistischen Amtes verhängte Zensur und den Besuch des Landwirtschafstheaters, die Arbeiten des Statistischen Amtes im agrarischen Sinne zu beschränken.

Staatssekretär Graf Boladowitsch erklärt, es könne keine Rede davon sein, daß vom Statistischen Amt im Interesse dieser oder jener politischen Gruppe Statistik gemacht würde. Andererseits sei aber das Statistische Amt keine Akademie, kein rein wissenschaftliches Institut, sondern eine Reichsverwaltung, die nicht ohne weiteres jedem Mitarbeiter die beliebige Besorgung amtlichen Materials gestatten könne.

Sein Kapitel „Reichsgesundheitsamt“ befürwortet die Abg. Baumann (3.), Schellhorn (R.), Sartorius (F.Fg.) eine Reorganisation, welche Bereinhaltung der Beauftragung des Reichsamt für Nahrungs- und Genussmittel fordert, und beantragt sich dabei auf ihre Erfahrungen als Vorbildern.

Blantehorn (R.) schlägt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Staatssekretär Graf Boladowitsch: Auch ich halte eine Verbesserung der Nahrungsmittelkontrolle für notwendig und habe einen dahingehenden Entwurf bereits ausgearbeitet. Für die Bereinhaltung der Lebensmittelkontrolle, die möglichst durch Gesetz erfolgen soll, hat die bisherige Regierung Grundzüge ausgearbeitet. Die Fragen über den ungeheuren Umfang der Lebensmittelkontrolle habe ich doch für übertrieben. Es ist wirtschaftlich nicht unbedingt, die Kontrolle auf diesem Gebiet so weit zu führen zu wollen. Ich glaube, daß der vorliegende Entwurf in Zusammenhang mit und gemäß dem Beif. 2. geht.

Kretsch (R.) verlangt umfassende Organisation der bisher ungeschulten Kontrolle.

Dr. Müller-Mömmgen (F.Fg.) beantragt eine Resolution auf eingehende Mitteilung des Reichsamt und der Kapazität einzelner Gesundheitsämter durch ein Reichsgesetz.

Kaden (3.) erwidert sich nach dem Bericht der neuen Beratung über Organisation und Steuerung von Nahrungsmitteln. Die Nahrungsmittelkontrolle müsse besser geleitet werden. Man befragt sich über das neue Leben im Reichstage, aber die Regierung mit ihrer Verantwortlichkeit in der Erstellung ihrer Verfügungen ist nicht daran. (Sehr lebhaft! Links und rechts.) Redner macht darauf aufmerksam, daß die Nahrungsmittelkontrolle geleitet wird als die Nahrungsmittelkontrolle, obwohl der Zweck in dem Reichstage und im Parlament ist, die Kontrolle zu führen. Die Arbeit an dem Nahrungsmittelgesetz an dem Reichstage, Oberg- und Untergewerbe muß völlig umgearbeitet werden, da durch diese neue Anbahnung die Nahrungsmittelkontrolle der Nahrungsmittelkontrolle nicht leben wird und das Gesetz in dem Reichstage nicht bei längerer Zeit nicht möglich. (Beif. im Fern. und h. d. S.)

Staatssekretär Graf Boladowitsch verlangt Bekämpfung der Verengung des Reichsamt, zitiert dagegen wegen des Gesetzes eines Reichsgesetzes betr. Gesundheitsämter keine besondere Erklärung abgeben zu können.

Dr. Mugdan (F.Fg.) teilt die schmerzliche Nachricht von der Verhaftung der Kandidaten der Arbeiterpartei im vergangenen Jahre durch die russische Regierung mit. Er verlangt sofort die gründliche Reform des Reichsamtgesetzes und be-

willige und moralische Hebung des Personalstandes, sowie Sorge für den nötigen Nachwuchs desselben. (Beif. b. d. Fern.)

Scheidemann (SD.) erklärt sich mit den Ausführungen des Dr. Mugdan von diesem Tage völlig einverstanden, fordert den Abg. Kretsch auf, seine strengen Ansichten über die Nahrungsmittelkontrolle bei den preussischen Konservativen zur Geltung zu bringen, die im Landtage das Fleischbeschaugesetz außerordentlich verschlechtert haben. (Wielache Sehr wahr! links) und verweist alsdann auf die fortschreitende Flußverengung. Die Industrie hat kein Recht, die deutschen Flüsse in Kanäle zu verwandeln. Die Volksgesundheit wird außerst durch diesen Zustand gefährdet, außerdem werden jährlich die Fäkalien von 10 Millionen den Flüssen zugeführt, wodurch die Landwirtschaft gezwungen wird, jährlich für 100 Millionen künstlichen Düng anzuwenden. Die Fließschnelligkeit wird auf das allerempfindlichste geschädigt, und die Verwendung dieses Wassers, das die Flüsse sterben macht, als Trinkwasser für die Menschen gefährdet die Gesundheit zahlreicher Volksteile. Der grauenhafte Brog in Gelsenkirchen zeigt, wie rücksichtslos der Kapitalismus mit Leben und Gesundheit der Bevölkerung ganzer Landstriche spielen darf. Im Herbst 1901 sind bei der großen Typhusepidemie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet über 3200 Personen erkrankt und rund 500 gestorben. (Hört! hört! h. d. S.) Bei dem berühmten Gelsenkirchener Brog sagten Zeugen aus, daß sie große Würmer und Maden im Wasser gefunden haben. Nach dem Urteil des Prof. Koch erreichte der Schmutz in Konstantinopel nicht den Schmutz im Ruhrgebiet. Um des lieben Mammons willen würden die Arbeiter oberhalb der Erde vom Typhus, unterhalb der Erde von der Wurmkrautheit dezimiert. (Hört! hört! h. d. S.) Es ist schon unerträglich genug, daß man einer einzigen Gesellschaft die Versorgung von 104 Städten und Dörfern mit Trinkwasser überlassen hat. Wenn der Gesellschaft, der jetzt noch der Vertrag auf 50 Jahre verlängert ist, das Wasser ausgetrocknet, so legt sie einfach ein Strohrohr in die verfeuchte Ruhr. Die Direktoren dieser Gesellschaft beziehen Gehälter bis zu 13000 Mk. und außerdem Dividenden bis zu 5 Prozent. Als einmal unter dem alten Direktor Schmidt, dem Vater des jetzigen Direktors, ein Beamter namens Rohde, auf das Strohrohr im Fluß aufmerksam machte, wurde er aufgefordert, sich nur um Dinge zu kümmern, die ihm etwas angingen und im übrigen bemüht zu sein, daß die Aktiengesellschaft einen möglichst hohen Reingewinn erziele. (Hört! hört! h. d. S.) Wir müssen die dringende Frage an das Reichsgesundheitsamt richten, was es tun wird, um diesen grauenvollen Zuständen ein Ende zu machen? Wenn die Engländer aus der Themse und die Franzosen aus der Seine gesunde Flüsse gemacht haben, so wird man auch die deutschen Flüsse sanieren können. Dann wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. (Lebh. Beif. b. d. S.)

Staatssekretär Graf Boladowitsch sagt möglichste Berücksichtigung der vom Abg. Mugdan in bezug auf Mediziner und Personal geäußerten Wünsche an. — Die Flüsse sind in der Tat durch Fabrikschmutz außerordentlich verunreinigt worden und es wird lange dauern, bis wir die Schäden der Vergangenheit beseitigt haben. Ich habe an sämtliche Regierungen die Aufforderung gerichtet, überall, wo Trinkwasser durch Filtrierung von Flußwasser gewonnen wird, sofort notwendige Strohrohre herzustellen und energische Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Ich habe die Regierungen auch auf die schätzenswerten Ausführungen des Prof. Koch hingewiesen. Diese Maßnahmen decken sich mit den Wünschen des Vorredners. Die Typhusstationen, die die Reichsregierung mit der Unterstützung Bayerns und Preussens eingerichtet hat, haben leider eine ungenügende Anzahl des Typhus erwießen, dessen Ursachen meistens Wasser und Mangel an Reinlichkeit sind. Die Typhusstationen nehmen auf meine Anordnung zur Bekämpfung dieser Schäden mit den lokalen Behörden Rücksicht.

Frühlich (Ant.) wendet sich gegen den Zupshawang. Staatssekretär Graf Boladowitsch: Es wird weiter gemacht. (Weiterkeit.)

Sein Kapitel „Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft“ verlangt

Müller-Sagan (F.Fg.) die Trennung dieser Anstalt vom Reichsgesundheitsamt.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Rußland und Japan.

Die russischen Nachrichten, welche die Massen erlösen haben, sind in Petersburg noch immer, daß es sich bei demselben um nichts anderes handeln könne als um eine wochenlang andauernde und katastrophal notwendige Operationen der Russen, dem bei Tieling die Reichsarmee für die Russen folgen werde. Doch auch hier wird es für die Russen heißen: Vor! Vor! Vor! Denn wenn die Russen nicht weitermachen, so werden die Japaner die Befestigung Tieling, das wichtigste und schützenswerteste Tieling, das wichtigste Tieling, wissen auch zu erobern, daß die russische Armee vollständig vernichtet ist. Die Russen sind in größter Gefahr für die russische Armee abgegriffen und es wird Regeneration erwartet. Die russische Armee werden 30 Soldaten auf 20000 Mann angegeben. Die ersten 10000 Soldaten sind bereits in Tieling. Die gesamte bestehende russische Armee wird 25000 Soldaten betragen. Es wird erwartet, daß die Besetzung der Russen an Gefangenen auf 100000 Mann steigt.

Die russische Armee wird 25000 Soldaten betragen. Es wird erwartet, daß die Besetzung der Russen an Gefangenen auf 100000 Mann steigt. Die russische Armee wird 25000 Soldaten betragen. Es wird erwartet, daß die Besetzung der Russen an Gefangenen auf 100000 Mann steigt. Die russische Armee wird 25000 Soldaten betragen. Es wird erwartet, daß die Besetzung der Russen an Gefangenen auf 100000 Mann steigt.

Der russische Kaiser hat sich für die russische Armee entschieden. Er wird die russische Armee mit 25000 Soldaten betragen. Es wird erwartet, daß die Besetzung der Russen an Gefangenen auf 100000 Mann steigt.

Armee habe ich keine Berichte erhalten. Die ersten Armeekorps befanden sich heute morgen 25 bis 30 Meilen südlich und südwestlich von Tieling. — Wo nach Aussage dieser „Zeile“ die übrigen Korps der ersten Armee sich befinden, weiß Karopalkin so wenig anzugeben, wie er eine Ahnung davon hat, was aus der dritten Armee geworden ist. Das russische Heer ist eben in seine einzelnen Korps aufgelöst und wird zum guten Teil zerrieben, wo es nicht vorzieht, sich zu ergeben.

Wie groß die Panik ist, geht deutlich aus dem folgenden zitierten, also noch gehörig zugefügten Telegramm der amtlichen russischen Telegraphenagentur aus Tieling hervor: Das Hauptquartier befand sich am 9. im Walden; ich habe mit dem höchstkommandierenden die Stellen besetzt. Ich habe am 10. ein Telegramm abgeschickt, das jedoch nicht befreit werden konnte. Am Abend wurde ich durch die Trains und die Massen der auf dem Rückzuge befindlichen Truppen abgeschüttelt; es herrschte Panik. Der Rückzug auf Tieling begann in der Nacht des 10. und wurde Tag und Nacht bis zum 12. fortgesetzt. Während des 10. wurden die anderen Trains auf der Mandchurien-Front, unter denen sich das Hauptquartier befand, hin und wieder von den japanischen Artillerie beschossen, die von Süden gekommen war, nachdem sie durch unsere Truppen bei Kusan gegangen war. Unter den Trains herrschte völlige Unordnung; es kam vielfach zu Zusammenstößen. Besonders groß war die Unordnung zwischen den Dörfern Taba und Buho. Die Verwirrung, die auch die anderen Truppen ergriff, dauerte zwei Stunden an. Staubwolken bedeckten Menschen und Wagen und Finsternis hinderte, den richtigen Weg einzufinden. — Wenn der Staub und die Finsternis nicht gewesen, hätten die Russen natürlich geflohen oder doch den richtigen Weg gefunden. Staub und Finsternis behelligen nur sie und nicht die Japaner.

In einem weiteren Telegramm schätzt Karopalkin die Zahl der verwundeten Russen bei Rufosa auf 50000. Er selbst gibt zu, daß sich der Rückzug außerordentlich schwierig gestaltet. Offenbar ist auch ihm jetzt die Zeit zum Aufschreiben vergangen. Er hat auch keine Ursache zu hoffen, da seine Abzehrung, der er jetzt durch ein Entschuldigungsvergehen will, bereits befristete Sache sein dürfte. Ob sein Nachfolger besser „operieren“ wird, ist allerdings eine Frage, die heute nicht zu beantworten ist. Vielleicht gibt es dann gar keine russischen Mannschaften zum „Operieren“ in Ostasien mehr!

Wahlrecht und Wahlergebnisse.

Dienstag, den 14. März

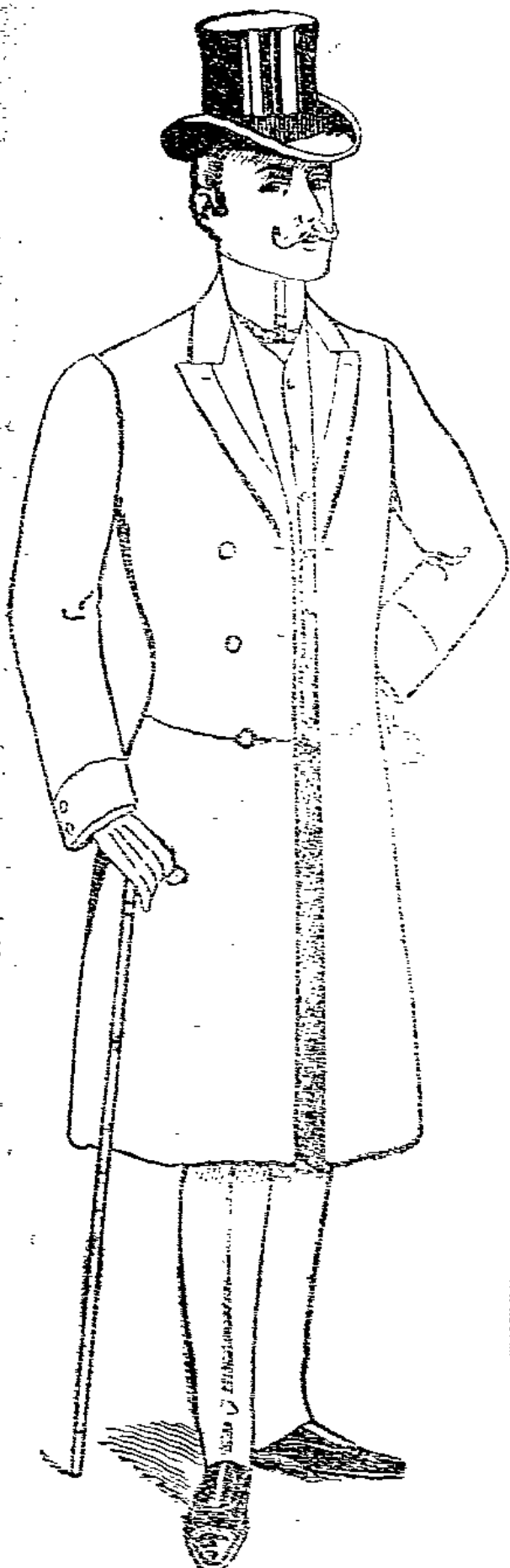
Zum geplanten Wahlrecht, das außer vom Amtsblatt auch von den „Lüb. Blättern“ als die einzige Möglichkeit zur Erhaltung der Selbstherrlichkeit eingestuft wird, schreibt „Gans Unverzagt“ in der „Eisenb.-Ztg.“ wie folgt: Die Rechte der Nation sind zerstückelt, die republikanische Freiheit hat einen Todesstoß, sagt einer der Reichstagen im Reichstag. Ganz so schlimm wie in Genoa war es hier nun gerade nicht, aber doch schon schlimm genug. Ein beschränktes, ein Mittel-Wahlrecht wird einer Anzahl Bürger gegeben, die bisher überhaupt nicht wahlberechtigt waren, dafür wird allen Bürgern, die ein Einkommen von 1200 Mk. bis 2000 Mk. verdienen, sieben Mittel ihres bisherigen Wahlrechtes genommen; darunter sind viele gute reichstreue Bürger, Beamte, Lehrer, Kaufleute und Handwerker, die überwiegende Anzahl der im Besitz des Bürgerrechts befindlichen Mitglieder unserer kameradschaftlichen Vereine usw. „Es gilt“, sagt der Kommissionsbericht, „zur Schutze unseres Bürgerrechts und unseres gesamten Staatswesens einen Damm aufzurichten, der auf absehbare“ (warum nicht auf ewige?) Zeit eine unbedingt zuverlässige Abwehr gegen eine sozialdemokratische Mehrheitsherrschaft bietet.“ Und der getreue Fort alles Rückschritts, die „Lüb. Anz.“ fügen hinzu: Der Verlust muß das Gesamtwohl des Lübederischen Staates sein. Haben alle guten Bürger in erster Linie dieses im Auge, dann werden auch die Mittel und Wege gefunden werden, die zum Ziel führen.“ Womit eigentlich doch wohl eingestanden wird, daß diese Mittel und Wege noch nicht gefunden sind, auch durch die Kommissionsverträge nicht. Und „gute Bürger“? Sind das die Bürger mit mehr als 2000 Mk. Einkommen? Wenn die Kommission bejaht, so heißt es weiter, daß es nicht die Aufgabe der neuen Verfassungsrevision sein konnte, die Arbeiterpartei gänzlich von der Bürgererschaft fernzuhalten, so entspricht dies nur einem Gebot sozialer Gerechtigkeit. Ist mit einem Male? Wo hat denn die soziale Gerechtigkeit bisher gesteckt? Wo steht sie im Dezember 1902? Ja, wo steht sie denn trotz der 15. jetzt? Ist es denn soziale Gerechtigkeit, den kleinen bürgerlichen Mittelstand sozialisten vollständig von der Wahlurne ausschließen? Was hat die so oft mißbrauchtelierte soziale Gerechtigkeit zu tun mit einem Standpunkt, von dem man die Rechte des Bürgers mit dem allerbrutalsten Maßstab nicht, mit dem Maßstab des Vortemponages? Mich dünkt, der Schein der Gerechtigkeit wäre hier sorgfältig vertrieben worden. Doch ich will nicht mehr fragen, es wird sich ja noch Gelegenheit genug finden, auf dieses Thema zurückzukommen. Wenn dabei irgend etwas erfreulich ist, so ist es das, daß im Gegensatz zu der Wahlrechtsreform von 1902 jetzt Zeit gelassen wird, die Kommissionsverträge unter die Lupe zu nehmen, daß nicht wie damals versucht worden ist, sie der öffentlichen Kritik unter dem lahmenden Vorwand, die Aufregung der Bevölkerung zu vermeiden, zu entziehen. Nicht wenig erfreulich dagegen ist es, daß die deutsche Presse wieder einmal wie i. St. beim Erlaß des Streikpostenrechts Gelegenheit hat, unser liebes Lübeck scharf anzufassen. So beginnt eine bürgerliche Hamburger Zeitung ihren „Lübder Wahlrecht-Verschlechterer“ überschriebenen Artikel: Wie im schönen Lübeck die Wolkenweber sind die Lübeder Regierenden eine laubere Zunft. Ihr einziger politischer Grundtag ist, daß Nacht vor Recht geht. Infolgedessen stabilisieren sie ihre Herrschaft mit allen Mitteln, gerechten und ungerechten. Ohne darnach zu fragen, welchen moralischen Eindruck ihr Vorgehen macht, ob es geeignet ist, Götter oder Götter zu erwerben.“ Der Artikel schließt mit den Worten: Sagen, das klassische Land des Wahlrechtsraubes, kann beinahe noch an Zabel lernen, wie man Aufhebungspolitik treibt. Zabel bed die Bürgergesellschaft diesen Streich, ist an eine Rückgewinnung der Stadt bei den Reichstagswahlen niemals zu denken. Denn ein Regiment, das an die Stelle der Ideen die brutale Macht setzt, muß Götter erwerben. Und daher hoffen wir, daß in Lübeck kein halbwegs liberal denkender

Der durchschlagende Erfolg meiner Abteilung

Herren- und Knaben-Garderoben

beruht auf den Vorzügen einer durchaus soliden, erstklassigen Konfektion und auf der ausserordentlichen Preiswürdigkeit derselben.

Stoffe und Zutaten werden auf Haltbarkeit sorgfältigst geprüft.



Herren-Jacket-Anzüge	moderne Buckskin-, Kammgarn- und Cheviotstoffe	9 ⁰⁰	14 ⁷⁵	20 ⁵⁰	26 ⁰⁰	bis	59	Mk.
Herren-Rock-Anzüge	Kammgarn, Cheviot, Drapée und Tuchkammgarn	25 ⁰⁰	28 ⁵⁰	36 ⁰⁰	44 ⁵⁰	bis	52	Mk.
Herren-Gehrock-Anzüge	Kammgarn, Diagonal, Drapée und Tuchkammgarn	27 ⁰⁰	32 ⁰⁰	39 ⁵⁰	49 ⁵⁰	bis	58	Mk.
Herren-Sommer-Paletots	neueste Fantasie-, Cheviot- und Kammgarnstoffe	10 ⁵⁰	16 ⁷⁵	21 ⁰⁰	25 ⁰⁰	bis	48	Mk.
Jünglings-Jacket-Anzüge	solide praktische Stoffneheiten	5 ⁵⁰	9 ⁰⁰	12 ²⁵	14 ⁷⁵	bis	35	Mk.
Knaben-Blusen u. Jacken-Anzüge	hübsche aparte Fassons	2 ²⁰	3 ⁵⁰	4 ⁸⁰	6 ⁵⁰	bis	26	Mk.
Knaben-Pyjacks u. Paletots	mit und ohne Abzeichen	3 ⁷⁵	4 ⁵⁰	5 ⁷⁰	8 ⁰⁰	bis	22	Mk.

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Su bezeichnen besonders schönes Kartoffelfeld Stadtfeldort. H. Lütgens.

Auktion.

Mittwoch den 15. März cr. vorm. 9^{1/2} Uhr u. nachm. 3 Uhr
Konzerthaus Fünfhausen.

Gegen Räumung des Lagers verkauft für Rechnung von es angeht einen bedeutenden Posten
Schuhwaren, Wollwaren, Manufaktur-Garderobe

Carl Wilhelms
Auktionator und Begleiter

W. F. Fienke, Hanfstraße 16
Saramagazin

Lager fertiger Särge in allen Größen und Preislagen.

Von heute an in der Markthalle täglich am Eingang von der Breitestraße
Stand 37.

Seins junges fettes Rindfleisch	Stand 50, 55 und 60 Stg.
Beerenfleisch	Stand 60 und 70 Stg.
Beerenfleisch	Stand 70 Stg.
Beerenfleisch	Stand 70 Stg.
Schafes Fleisch	Stand 60 Stg.
Schweinefleisch	Stand 65 Stg.
Reibfleisch	Stand 70 Stg.
Schafes	Stand 70 Stg.
Schafes	von 40 Stg. an
Schmalz, Feig. Schwe.	im 100 Stück

Adolf Drueger.

Friedr. Paetau

27 Mühlenstraße 27.

Prima Brotbackmehl à Fil. 40 Pfg.

Beste Mehl. Erst-Sorte.

Beste Schmalz à Fil. 20 Pfg.

Beste Butter à Fil. 40 Pfg.

Beste Speiseöl à Fil. 40 Pfg.

Ein Patent gezeichnetes Messer

à Fil. 50 Pfg.

Achtung!

Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter!

Gemeinschaftliche Versammlung

am Mittwoch den 15. März cr.

abends 8^{1/2} Uhr

im großen Saale des „Vereinshaus“, Johannistr. 50.

Tages-Ordnung:

Bericht des Gesellen-Ausschusses
über die Verhandlungen mit der Innung.

Der Einberufer.

NB. Die Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Meine Wohnung ist jetzt **Hortengraben 25/27**

Heinr. Voh

Bertr. d. V. andy Feuer-Versicherung-Gesellschaft.

Deutscher

Metallarbeiterverband

(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Versammlung

am Mittwoch den 15. März

abends 8^{1/2} Uhr

im Vereinshaus, Johannistr. 50, 52

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht

2. Bericht von der Bauarbeiter-Ausschuss-Kommission.

3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Reise d. d. malerische Steiermark.

Stadt-Halle.

Donnerstag den 16. März
Ensemble-Gastsp. des Stadttheaters.
Vollständige Vorstellung zu halben Preisen.
Unwiderruflich zum letzten Male

Frühlingsluft.

Logen 1 50 Mk., 1. Parterre 1 Mk., 11. Parterre
und Balkon 50 Pfg. Anfang 7^{1/2} Uhr.

Montag den 20. März.

Gastspiel Heinrich Bötel.

Martha.

Stadt-Theater.

Mittwoch den 15. März
Abends 7^{1/2} Uhr. Ende 10 Uhr.
172. Vorstellung 25. Mittwöchens-Abonnement.
Zum 1. Male.

Die alte Geschichte.

Donnerstag den 16. März. 173. Vorstellung.

Benefiz für Ludwig Maurik.
Gastspiel von Karl Holy vom Grossherzogl. Hoftheater in Schwerin.

Siegfried.

Was ist
essentlich
Jo-Jo-N-Ol
geschützt

JOJO-N-OL

Hochwertiges, schnelltrocknendes Fussbodenglanzöl.

„Der Stolz jeder Hausfrau.“

John Jacobsen, J. H. Lenschow Nechß, Gr. Burgstr. 7.

Rechtsanwaltliche Anzeigen für den gesamten Bezirk der Zeitung „Lübeck und Rostb. Gebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Klausur-Stellung. — Anzeigen für den Bezirk „Lübeck und Rostb. Gebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Böwig. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Kinderschlachtereien im Zarenreiche.

Von allen den endlosen blutigen Greueln, die in den letzten Wochen aus Rußland zur „Rettung der Ordnung“ gemeldet worden sind, ist wohl die schrecklichste die Kinderschlachtereien in Rußland. Rußland ist die Hauptstadt des gleichnamigen russischen Gouvernements, hat etwa 55 000 Einwohner und besitzt lebhaftes Industrie, namentlich große Gerbereien.

Unter der ausdrücklichen Bürgschaft für volle Wahrheit ihres Berichtes und mit Genehmigung der Zensur veröffentlicht die „Ruska Wjesdomskaja“ folgenden Brief aus Rußland: Ich schreibe Ihnen unter dem feischen Eindruck der Ereignisse, welche ich bei meiner Rückkehr nach Rußland antraf. Ich kam heute, am 25. Februar, um 1 1/2 Uhr nachmittags an. Als ich mit einer Droßke nach meiner Wohnung fuhr, geriet ich mitten in eine erregte Menge hinein, welche die Straße ihrer ganzen Breite noch verstopfte. An der Straßenecke war Polizei aufgestellt. Der Chef der Stadtpolizei ertheilte mit lauter Stimme Befehle und führte auf eine kleine Gruppe, die aus Luten bestand, welche zu den gebildeten Ständen gehörten. Etwas beiseite waren 50-70 blühende Frauen in Reih und Glied aufgestellt, welche, wie ich später erfuhr, die „Schule für Landpolizisten“, die von der lokalen Polizeibehörde gegründet war, besuchten. Einen dieser Leute fragte ich: „Was geht denn hier vor?“ „Die Gymnastiken werden geprüft!“ „Weshalb?“ „Weil sie freieren!“

Ich sah nach Hause, gebe meine Sachen ab und will mich erkundigen, was geschehen ist. Überall auf der Straße sehe ich erregte Volksmengen. Viele Leute aus der Intelligenz, viele Reservisten. Alle sind empört, aufgeregt. Ich frage den ersten besten Bekannten aus, und er erzählt mir folgendes:

Später, am 24. Februar, beschloßen alle Schüler, nach dem sie gewisse Forderungen ausgearbeitet hatten, zu streiken. Im Pädagogischen Seminar begann der Streik noch früher, es wurde geschlossen und die Zöglinge aus dem Internat entfernt. Später, am 25. Februar, begann der Streik zu allererst im Gymnasium, und die Schüler schloßen alle zusammen, aber ganz plötzlich die Moskauerstraße entlang zogen sich nach dem zweiten Mädchengymnasium, wo die Schülerinnen aber eingeschlossen waren und auf die Straße nicht hinausgehen konnten. Darauf machte sich die Abteilung auf den Weg zur Realschule, um damit anzugehen, daß der Streik schon seinen Anfang nahm. Hier jedoch wiederholte sich derselbe Vorgang: alle Türen waren geschlossen. Die Realschüler verlangten, daß man sie freilassen sollte, und als es ihnen verweigert wurde, besetzten sie die Fenster und zerbrachen die Fensterscheiben mit Schweißelmasse, gefüllt waren, jedoch ließ man sie trotzdem noch einige Zeit nicht heraus.

Unterdessen gingen die Gymnastiken am Pädagogischen Seminar, an den Franziskanern von b. Wegen und an der Schule für ärztliche Gehilfen vorbei, und die Schüler und Schülerinnen dieser Anstalten schloßen sich ihnen an. Schließlich näherten sie sich dem Marijaskaja Mädchen-Gymnasium. Hier erschien eine Abordnung der Gymnastiken, um über die Bedingungen des Streiks einzig zu werden. Ich muß bemerken, daß die Schülergruppe die ganze Zeit von einer großen Schar Polizisten begleitet wurde, die aber keine Zwangsmittel anwandten.

Da, als die Schüler sich vom Marijaskaja-Gymnasium auf den Weg nach der Moskauerstraße machten, erlitt ein Polizist ein Mißgeschick und der laut abgegebene Befehl des Polizeichefs: „Reserven vor! Haut drein!“ Unter Ausführung der Sergeanten stürzten sich nun die Schupplente mit blankem Säbel auf die Schüler, die Bauermpolizisten bringen mit ihren Säbeln auf sie ein, und es geht Schreckliches vor. Der Polizeikommissar Pufanow rief: „Haut nach allen Seiten!“ Die Schüler werden in's Gesicht und in's Gesicht geschlagen, stürzen unter der

Wucht der Schläge zu Boden, werden aber an den Haaren emporgerissen und brutal wieder auf die Erde geworfen, mit den Füßen in den schweren Bauernstiefeln getreten. Einen elfjährigen Gymnasiasten, der schon auf der Erde lag, schlug ein Landpolizist an den Haaren und schlägt ihn mit dem Kopf auf das Pflaster. Man sieht entsetzliche Szenen. Viele sind halbtot geschlagen. Man kann sich nirgends retten. Es wurde versucht, sich in den Eingang der Semenovskaja-Bibliothek zu retten, da stand aber ein Kommissar und schleuderte jeden Knaben, der dort Zuflucht suchte, zurück, wobei einer von ihnen unter das Pferd eines berittenen Schutzmannes geworfen und schwere Verletzungen am Kopfe davontrug. Die Entflohenden wurden mit den Nagaias geschlagen. Ein Sergeant brachte mit seinem Säbel einem Gymnastiken eine tiefe Schnittwunde im Gesicht bei, einem anderen zerschchnitt er den Ueberzieher. Alles zu beschreiben ist unmöglich. Als das empörte Publikum sich an den Gendarmen-Oberst Weiß, der unter den Zuschauern stand, mit der Bitte wandte, der unerbittlichen Mißhandlung durch seine Intervention ein Ende zu machen, erwiderte er kaltblütig: „Meine Herren, Sie wissen, ich bin ein friedlicher Mann und kann keine Hilfe schaffen.“

Das alles hörte ich von Augenzeugen. Was weiter vorging, sah ich selbst. Der letzte Akt dieses Dramas spielte sich auf dem Roten Platz, wo sich die Markthallen befinden. Hierher strömten von allen Seiten der Polizei zu Hilfe die von ihr offenbar vorher organisierten Reserveer, Bundesbesitzer und allerlei Markthändler. Dieses Gefindel mißhandelte nun nicht allein Gruppen von Schülern, sondern jeden einzelnen Schüler, der vorüberging. Hier wurde ein Junger und ein Student halbtot geschlagen. Der Letztere wurde auf einer Tragbahre bewußlos weggebracht. Er soll schon gestorben sein. Für die Mißhandlungen sich zu verwenden war unmöglich. Als ein Reservist, der früher Lehrer an der Realschule war, einen der Schüler verteidigen wollte, erhob das Gefindel drohendes Geschrei und wollte sich auf den Deutnant stürzen. Er rettete sich nur dadurch, daß er die Federkassette, in welcher sein Revolver steckte, öffnete, worauf sich die Polizeitruppe davon machte. Ein Beamter der Gouvernements-Steuerverwaltung wandte sich an den Kommissar Pufanow, damit dieser den Greuel ein Ende mache. Pufanow antwortete: „Sie sehen doch, daß nicht die Polizei mißhandelt, sondern das brave Volk kämpft, indem es den Zaren schützt. Sie aber gehen zu Gaspard!“ Und von allen Seiten regneten auf den Beamten Schläge herab. Der ganze Platz war von diesem handigen Gefindel bedeckt. Bald hier, bald dort erlitt der Ras, der von den nächsten immer wiederholt wurde: „Haut auf sie ein! Haut drein! Hurra!“ und bald hier, bald dort wurde jemand furchtbar geschlagen. Die Polizei hinderte die ganze Zeit die Mißhandlungen nicht im geringsten. Wenn aber ein Häuflein aus den gebildeten Ständen es versuchte, gegen die Mißhandlungen zu protestieren, wurden sofort warnende Rufe der Kommissare laut: „Meine Herren, gehen Sie auseinander! Ich bitte, auseinanderzugehen!“ und bereitete Schutzmänner ordneten diese kleinen Gruppen zurück. Daß der Polizeichef von der Polizei organisiert war, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Als die Kämpfer am Abend den Schreckensschrei verließen, riefen sie laut: „Wenn man doch auch morgen so schön arbeiten könnte und wieder mit Wodka bewirtet und einen Kessel bezahlt erhalten würde!“ Eine Anzahl Augenzeugen hörten, wie der Kommissar oder der Chef eines Kommissars, dem Gefindel dankte: „Danke Euch, Brüderchen; das Markthändler hat aus der Not gerettet.“

Am Abend desselben Tages fanden im Rathaus und im Bürgerverein (beide in einem Gebäude) außerordentliche Versammlungen aller empörten Bürger, Eltern und einiger Stadtabgeordneter statt. Hier wurden die Angaben aller Augenzeugen angehört und zum Schluß einige Resolutionen angenommen. Ich werde nie die Erzählung eines geschiedenen Mannes vergessen. Sie lautete: „Ich bin in der Direktion der Eisenbahn Moskau-Kiew-Boroneß angestellt. Um 1 Uhr mittags verbreitete sich das Gerücht, daß die Schüler auf der Straße mißhandelt werden. Wir, die Väter, brachen sofort unsere Arbeit ab und machten uns auf den Weg, um unsere armen Kinder aufzusuchen. Ich sah schreckliche Szenen. Ich sah, wie den Kindern, von denen viele 10, 11 und 12 Jahre alt sind, das Gesicht blutig geschlagen wurde, wie sie zur Erde fielen, wie sie mit den Stiefeln getreten wurden, wie ihnen die Haare ausgerissen wurden. Es war entsetzlich, fürchterlich! Ich fand meinen Sohn erst, als ich nach Hause zurückkehrte: er war blutüberströmt, hatte eine Quetschung am Brustkasten, ist vielleicht für immer zum Krüppel gemacht. Meine Herren! Einer meiner Söhne vergießt sein Blut für das Vaterland im fernem Osten, das Blut meines zweiten Sohnes wird in demselben Vaterlande von der Polizei vergossen.“ ... Er bekam einen Weinkrampf und wäre vom Stuhle, auf dem er stand, heruntergefallen, wenn die in der Nähe Stehenden ihn nicht ergriff hätten.

Ein anderer Redner schloß mit erschütternden Worten den ganzen Schrecken der Gegenwart und forderte die Gesellschaft auf, sich zum Widerstande gegen die wütenden Heuler zu vereinigen. Viele himmelstreichende Einzelheiten wurden hier erzählt, allein es ist nicht möglich, alles wiederzugeben.

Die Versammlung nahm den Beschluß an, beim Minister des Innern eine Beschwerde über die Haltung der Polizei telegraphisch einzureichen, dem Staatsanwalt einen Protest der Eltern zuzusenden und zugleich denselben Protest dem Justizminister und dem Minister des Innern telegraphisch zuzuschicken zu lassen.

Die Mitglieder des Bürgervereins beschloßen, bei der nächsten Versammlung den Antrag zu stellen, folgende Mitglieder aus dem Verein auszuschließen: den Gendarmenoberst Weiß, den Polizeichef Sasin, seinen Gehilfen Malarewitsch und die Kommissare Balkow und Pufanow. Alle Resolutionen wurden von einer Menge Unterschriften bedeckt. Darauf ging die Versammlung friedlich auseinander. Nach 1 Uhr nachts erschien im Verein eines seiner Mitglieder — der Gendarmenoberst Weiß. Ein Bekannter begrüßte ihn mit den Worten: „Grazitiere Ihnen, Herr Oberst!“ — „Wozu?“ — „In Ihrer Rücksichtung aus dem Verein!“ — „Iner veränderte sich im Gesicht, drehte sich schweigend um und entfernte sich.“

Die Ergebnisse sind himmelstreichend, sinnlos. Man darf nicht schwelgen. Suchen Sie die Masse zu beruhigen.

„Danke Euch, Brüderchen! Das Markthändler hat aus der Not gerettet!“ — „Das brave Volk kämpft, indem es den Zaren schützt!“ — „Das Volk muß hungern und sein letztes gegeben, um einen unvernünftigen Krieg zu führen, und dabei sterben man für Väterchen die Arbeiter, Studenten und Bürger tot und läßt die „Schule der Unwissenheit“ auf kleine Kinder los. Und dieses verruchte und verfluchte Staatswesen wird vom deutschen Reichskanzler, der ein Verbrecher ist, Kant und Göthe sein will, beherrscht! O Deutschland, Deutschland, hast Du keine Scham mehr?“

Szajales und Afraja.

Die Tapezierer Leipzigs haben am 7. März Forderungen auf Abschluß eines Vertrages an die Arbeitgeber

„Schlagt ihn nieder, den verfluchten Schelm!“ Erklärte ein Hausen halbtrunkener Dadas und Koloniden. „Wir entsetzten uns und lagen verbleibt in einer Schärze, bis der Abend kam.“ fuhr der Schreiber fort. „Pflicht und Gewissen sagten mir, daß ich zu des Landes Besten alles anwenden müßte, um dies gefährliche Gewürm unschädlich zu machen; aber so gewiß war es jedoch, daß Szajala niemals aus seiner Wähe herunterkommen würde, wenn wir nicht ein Mittel fänden, ihn hierher zu locken. — Ich hatte erfahren, daß er in einem Tale des Nipis seine Tochter verheiratet, dieselbe Szajala, die Helgefad einst von ihm kaufte und zur Christin erzog, bis er sie ihm raubt und wieder zum Götzendiener zwang.“

„Du sagst!“ sagte der alte Mann, „und du weißt es.“ „Wir fanden das Tal, fanden das Mädchen und nahmen sie mit uns. Nichts Nachts ist ihr geschehen; unsere Absicht war allein, diesen schlaunen Mißverleumdherunterzubringen, um ihn greifen und strafen zu können. Das ist uns geglückt. Was aber diesen Toten anbelangt, so weiß ich nicht, wie er sein Ende gefunden hat. Verdient hat er es tausendmal. Er war der böshafte Feind jedes Christen und unwürdigen Mannes. Vor wenigen Wochen erst schob er das Weigand durch den Hut, daß jener kaum mit dem Leben davonkam. Ich würde ihn an Leib und Leben strafen, wenn Gottes Wille ihn nicht fortgerissen hätte. Hat ihn die Erde erschaffen, so hat er ohne Zweifel sich vor ihm zu zeigen müssen. Ich trennte mich von meinen Freunden, die das Mädchen an den Quänererjord brachten, um sie dann, wenn dieser Lappe, ihr Vater, in unserer Gewalt sei an Niels Helgefad, ihren rechtmäßigen Herrn, zurückzuführen.“

„Sie hat keinen Herrn!“ sprach Afraja, der seinen mageren Arm schwärend aufhob. „Bei dem großen Gotte aller Christen, ich habe mein Kind niemals verkauft!“ „Nun!“ antwortete Helgefad, indem er vortrat, „bin auch hier, Afraja, und kann sagen, bist ein Räuber und ein

Afraja.

Ein nordischer Roman von Theodor Mügge.

102 Fortsetzung.

Diese vier Männer, begleitet von einem Hunde, drangen in das kleine verfallene Tal, das am Fuße des Nipis liegt. Dort hielten in einer Hütte die Tochter Afraja, welche Szajala hieß und vielen bekannt ist. Sie überfielen das Mädchen, banden es, wie zerrissene Länder dies beweisen, verwürfen die Hütte, zerbrachen die Türen und schleppten die Gefangene fort. Nach einigen Stunden wurden sie verfolgt und eingeholt. Mortano, der Kopf dieses Stieles, schreit zuerst und ist zu haben, was geschah. Er wollte die Straube befreien, aber eine Kugel stieß ihn nieder, und hat Paul behaupten diese wirklich nicht selbst abgefeuert, so hat es einer seiner Genossen getan. Hier aber ist ein halb verbranntes Papier, der Pfropf eines Schwabes, aus dem der Schuß gefallen ist, und dies Papier ist das Stück eines Briefes, den Peterfen geschrieben hat. Es ist seine Handschrift, mag er es leugnen, wenn er kann.“

„Ich leugne es gar nicht,“ sagte Paul verächtlich, als ihm das Stück hingeworfen wurde, „aber ich leugne bei meiner Ehre, bei meinem Gewissen und bei Gottes Allmacht, daß dieser Lappe von meiner Hand gefallen ist. Sie ist nicht verteidigt, will ich zudrüber einige Fragen an diesen Räuber richten. — Sie wissen so genau den Hergang zu erzählen. Waren Sie in der Nähe oder waren Sie zugegen, als man den Toten fand?“

Marstrand schweig.

„Es ist nicht möglich, daß Afraja an dem Waldsjord geschickt hat, um Sie aufzusuchen. Die Zeit war zu kurz dazu, auch weiß man, daß Sie seit mehreren Tagen schon Ihren Saard verlassen haben, angeblich, um an den Malagerfjord zu reisen, dort hat Sie nicht gesehen. Sie waren somit an dem Nipis bei dieser Lappe, mit denen Sie seit langer

Zeit genauen Umgang haben, wie dies nie daß ein Norweger tut.“

„Ich habe Ihnen über meinen Umgang keine Rechenschaft abzulegen,“ sagte Johann, unter dem missbilligen Gemurmel der Umstehenden.

„Für den Augenblick nein, in der Folge aber gewiß.“ rief Paul; „Ist genügt es zu wissen, daß Sie in dem Sommer dieses alten Mißverleumdherunter sind.“ — „Ich kann freimüthig, daß Sie die Wahrheit sagten, daß ich mit meinen Freunden Hjörnarne nach Nias an dem Nipis war, und ich will hier vor allen Dingen hinzusetzen, was uns dazu antreibt.“

Dieser Geschehnisse war ein Schelm, ein Bösewicht der schlimmsten Art, und kaum glaube ich, daß sein Ende irgend wo anders bedauern erndet als bei seinen Genossen und Gehilfen. Er war der nahe Verwandte Afrajas, eingeweiht in dessen Ränke, seine rechte Hand zu allen bösen Streichen, und sein Vertreter bei allen Wägen gegen den F. leben und gegen die Sicherheit dieses Landes. Ich, der ich des Königs und des Seines Dieners bin, mußte auf ein Mittel denken, diesen Schelmen herunterzuwerfen. Ich verband mich dazu mit meinen Freunden Hjörnarne und Draf, und rufe als Zeugen der Wahrheit den besten Mann in den Fjeldmarken, Niels Helgefad, an, der von Allen genau unterrichtet war, was ich tat, und seinen eigenen Sohn mir mitgab.“

Wir kamen an den Nipis und trafen dort Afraja. In seiner Sprache überzeugte ich mich nachmals von seinem nichtwürdigen Leben und Treiben. Ich versuchte ihn durch Schmeicheleien, und er verkaufte uns gegen Bezahlung ein Götzbild, das uns glückliche Heimkehr und guten Wind auf dem Meere sichern sollte.“

Hier schlug Afraja seine Augen zu ihm auf und eine ganze Hölle von Hohn und Hochmut kuckte heraus.

„Du schändlicher alter Heide und Haremischer!“ rief Peterfen, „kannst du es leugnen?“

heft. Verhandlungen sind bereits gepflogen worden. Die Situation ist ernst, aber für die Schiffsleute günstig. Die Kommission berichtet über die Verhandlungen Dienstag, den 1. März. Zugang nach Leipzig ist streng zu ver-
eiden.

Zur Frage der gewerkschaftlichen Neutralität
hieß die „Metallarbeiter-Zeitung“, antwortend
an die Erörterungen über die Begleiterscheinungen des Berg-
arbeiterstreiks in einem Teil der Partei- und Gewerkschafts-
kreise: „Wir konstatieren, daß es eine rein parteipolitische
Neutralität der wirtschaftlichen Vereinigungen auf der ganzen
Linie nicht gibt und daß alles gegenseitige Gerede entweder
kränzlich oder selbsttäuschend oder schwandelhaft ist. Von den
politischen Parteien und Gewerkschaften haben einzig die freien
Berufsgewerkschaften infolge ihrer Neutralität, als sie unterschieds-
los und bedingungslos alle Arbeiter als Mitglieder auf-
nahmen. Politisch und parteipolitisch neutral können die
gewerkschaftlichen Vereinigungen, auch die der Arbeiter natura-
gemäß eigentlich gar nicht sein, weil eben die Politik
selbst ein Teil der Wirtschaft ist, vielmehr ihr Spiegel ist,
und weil die politischen Parteien nichts anderes sind als die
Vertretungen bestimmter wirtschaftlicher Interessen gegenüber
der Gesetzgebung und öffentlichen Verwaltung. Für die Ar-
beiter ist diese Interessenvertretung die sozialdemo-
kratische Partei, weil sie die Arbeiterpartei
ist und weil sie daher nur Arbeiterpolitik treibt. Es hat
daher nicht die Arbeiterparteien mit der Sozialdemokratie zu
brechen, denn dadurch würde sie sich ja selbst aufgeben, son-
dern jene Arbeiter, die heute noch nicht auf dieser Seite
stehen, haben ihr Verhältnis zu den bürge-
rlichen Parteien zu lösen, die in der Hauptsache
andere Interessen als Arbeiterinteressen vertreten, und sich
der sozialdemokratischen Arbeiterpartei
anzuschließen. Bei klarer Erkenntnis der Dinge und
züglicher konsequenter Betätigung ergibt sich dieser Weg ganz
von selbst.“

Wie man sozialdemokratische Pressen
handelt. Genosse Düwell, Schriftführer der
„Arbeiterzeitung“, hatte am Mittwoch morgen vor dem hiesi-
gen Schöffengericht Termin in zwei Privatklagen. Da
er gegenwärtig eine Gefängnisstrafe verbüßt, sah er bei
der Staatsanwaltschaft um Urlaub nach, erhielt jedoch über-
haupt keine Antwort. Daraus herzuleitete Dürsch den
Rechtsanwalt Herrn May hier, daß er ihm das Mandat in
einer Sache entzöge, da hierbei seine persönliche Anwesenheit
unvermeidlich sei. Am Mittwoch morgen besah sich nun das Ge-
richt, beide Sachen zu verurteilen und zu einem späteren Ter-
min Dürsch zwangsweise vorzuführen zu lassen.

Zweimal Rechtssprechung. Bekanntlich wurde Ge-
nosse Löbe von der „Breslauer Volkszeitung“
seiner Zeit angeklagt und vom Breslauer Gericht zu 20 Wk.
Geldstrafe verurteilt, weil er ein Attentat auf einen Pro-
fessoren vor dessen endgültiger Verurteilung verübt hätte.
Er handelte sich um die bekannte Angelegenheit gegen Genossen
Clara Zellin wegen Aufreizung zu Sozialistischer Tätigkeit.
In dem Urteil des Schöffens „Wilhelm
Zell“ geadelt war. Das Landgericht hatte die Verur-
teilung des Verfassers abgelehnt und aus dem Stoff-
mangelhaftigkeit hatten wir einen Satz mitgeteilt, der sich
ausnahm, daß das Urteil von Schöffers und sich in
die Urteile als „aufreißend“ angesehen werden könnte. Wegen
dieses Abbruchs wurde Genosse Löbe angeklagt und ver-
urteilt, weil das Urteil anzusehen, er hätte wissen
müssen, daß die Staatsanwaltschaft sich bei
dem obliegenden Schöffens in der Sache nicht be-
rechten würde und daß deshalb das Verfahren noch
nicht beendet war. Landgericht hatte die Staatsanwaltschaft
Klage zurückgewiesen, diese aber wieder zurückgenommen. Wegen
der gleichen Klage ist auch der Redakteur der „Schiff-
fahrts-Zeitung“ und der „Schiffers-Zeitung“,
Genosse Klum in Dresden, von der Dresdener Staats-
anwaltschaft angeklagt gewesen. Über den Ausgang dieser
Prozesse lesen wir jetzt in der „Schiffers-Zeitung“:
„Genosse Klum wurde im November v. J. vom Schöffens
Landgericht von der Klage, in der „Schiffers-Zeitung“,
wegen politischer Redaktionen verurteilt, den § 11
des Preßgesetzes verlegt zu haben, freigesprochen.
Hierher zu sagen: „Die Landgerichts- oder andere
öffentliche Schöffens: Doch Strafrechtliches dürfen durch die
Sache nicht sehr beeinträchtigt werden, als die Urteile in
öffentlichen Verhandlungen freigesprochen werden, aber das
Verfahren im Urteile nicht.“ Genosse Klum hatte
völlig über die Verurteilung der Dresdener Staatsanwaltschaft auf Ein-
trag.

St. Lang des Verfahrens gegen die Genossen Zellin, die durch
Zitterung des Schöffens: „Eine Grenze hat Tyrannen-
macht“ usw. „Vorbereitungsklassen gegen einander ausgerichtet“
haben sollte, veröffentlicht, ehe dieser Einstellungsbeschluß
endgültig Rechtswert erlangt hatte. Deshalb die ganze
Anklage. Der Schöffens Staatsanwalt meldete gegen diese
Freisprechung des Genossen Klum Revision beim
Reichsgericht an, um so mehr gewiß deshalb, als
in derselben Sache Genosse Löbe von der
Breslauer „Volkszeitung“ vom Breslauer Landgericht in-
zwischen zu 20 Wk. Geldstrafe verurteilt
worden war. Diese Revision des Staatsanwalts
wurde verworfen. Das Reichsgericht erkannte
an, daß Genosse Klum nicht wissen konnte, daß der
Staatsanwalt in Breslau seinerzeit die Klage hegte. Die
Schwerde gegen den Einstellungsbeschluß des Breslauer Land-
gerichts in Sachen der Genossen Zellin zu führen. Es
fehlte bei dem Genossen Klum nach Ansicht des
Reichsgerichts der Dolus und auf Antrag
des Reichsgerichts wurde deshalb die Revision des
Schöffens Staatsanwalts verworfen. — Somit besteht
die ja allerdings nicht gerade leibliche Tatsache, daß in einer
und derselben Sache ein Redakteur freigesprochen
und der andere bestraft worden ist.

Keine Majestätsbeleidigung. Der Vorstands-
rat Albert Schmidt-Sonnenburg hatte Anfang
Februar in seinem Heimatort in einer Versammlung das
Gemeindebild „Die Wiber“ vorgelesen. Durch diese
Vorlesung sollte er sich der Majestätsbeleidigung schuldig
gemacht haben. Es wurde ein Vorverfahren gegen ihn ein-
geleitet, wobei auch eine höchst ergiebige polizeiliche Haus-
suchung in der Wohnung des Intendanten erfolgte. Ein
Gewand und der Sonnenbürger Zeitung polizeiliche Maßnah-
men sämtlich alle Schriftstücke, was sie in der Wohnung vor-
fanden. Briefe von Verwandten, Romane, Sensationen; ja
sogar das Hefenheft hinter dem Spiegel schien verdächtig
und wurde erst auf eine launige Einrede der Frau unseres
Genossen wieder zurückgelassen. Alles andere wanderte nach
dem Polizeikommissariat. So hatte dann Genosse Schmidt der
Dinge, die da kommen sollten. Am 6. März erhielt er nun
von dem hiesigen Staatsanwalt in Frankfurt a. O. die am-
tliche Mitteilung, wonach das Verbrechen wegen Majestäts-
beleidigung gegen ihn eingestellt worden ist. — Es ließ
sich wohl nicht heranzubekommen.

Mit der Frage der Taktik den bürgerlichen
Parteien gegenüber beschäftigte sich am letzten Sonntag
Kaufmanns-Konferenz der Wahlkreise Polmar und
Appeltweiler im Club. Die Frage wurde aufge-
worfen im Hinblick auf das Verfahren der unter dem Ein-
fluß Neumanns stehenden jugendlichen Richtung in Stohr-
Stößen, die ein tätiges Zusammengehen mit der So-
zialdemokratie unter Umständen beabsichtigen. Nach einem
Bericht des Genossen Winkler-Ströbgen wurde einstimmig
eine vom Referenten vorgeschlagene Resolution angenommen, die
besagt, daß die sozialdemokratische Partei nicht die mindeste
Berücksichtigung habe, den Standpunkt des Klassenkampfes
zu verlassen, und daß nach wie vor sämtliche bürgerlichen
Parteien unwirksam mit glühender Entschiedenheit zu be-
kämpfen sind.

Einen Tadel gegen die Reichstagsfraktion be-
trug die sozialdemokratische Fraktion in Hanau durch An-
nahme folgender Resolution: „Die Fraktion der Reichstags-
fraktion, die ein tätiges Zusammengehen mit der So-
zialdemokratie bei der entsprechenden Zustimmung über die
Handhabung der Sache entschieden ist.“ — Ja, ja!
Die Mittelständler, welche in Frankfurt a. M.
mit Hilfe der Sozialdemokratie in das Städtchen
Löhnen geschickt worden sind, zeigen sich wirklich als das,
was sie sind: als echte Bourgeois. Nachdem sie während
der Wahlzeit mit ihrem „arbeitnehmerfreundlichen Herzen“ han-
deln gegangen sind, haben sie jetzt die Haltung an die
heiligen Bourgeois gefunden. Wie diesen zusammen kamen
sie zur Erkenntnis, daß man es „bescheiden“ löste, wenn der
Magistrat es ablehnte, seine Zustimmung zu der Unter-
stützung der Vergütung aus schließlich die Wahl zu
geben. In der Städtchenversammlung am 7. März
kam nämlich die oberrheinische Zeitung des Magistrats, die
Widerstellung von den Städtchenbesitzern bewilligte 15000 Wk.
an die Arbeiter zu verweigern, zur Sprache, und das
Verfahren gab sich zu erkennen. Nur die Sozialdemokraten
widersetzten — Die Wahlkreise mit den Mittelständlern,
das meiste Frankfurt-Genosse, hat durch das
Verhalten der Städtchen nachträglich eine noch un-

angenehmeren Zeiger erhalten bekommen, als es von Anfang
an hatte.

Aus Nah und Fern.

Wie er Einer! Aus Halle wird gemeldet: In
Eisenberg ereigte die Verhaftung des Rechts-
anwalts Schöppe, der bis vor kurzem Richter und
Richtervertreter der gemeinsten war, großes Aufsehen. Die
Gründe der Verhaftung sind unbekannt.

Das eigene Kind gefoxt. Ein entsetzliches Unglück
ereignete sich in Siemianowitz (W. Preußen). Eine
dort wohnende Frau habete ihr zweijähriges Kind. Da sie
etwas vom Kaufmann holen wollte, stellte sie, um das Wasser
warm zu halten, die Badewanne mit dem darin stehenden
Kind auf die Mitte des Kachelofens, in dem anschließend
ein schwaches Feuer brannte, auf das sie aber kurz zuvor
feuchte Kohlen gelegt hatte. Unterwegs wurde die Frau von
Freundinnen in ein interessantes Gespräch verwickelt, so daß
sie Kind und Badewanne vergaß. Als die junge Mutter
nach etwa einer halben Stunde in die Wohnung zurückkehrte,
erwartete sie ein schreckliches Anblick. Das Wasser in der
Badewanne siedete, und in ihm lag das Kind — buchstäblich
gefocxt — als Leiche.

Selbstmord durch Verbrennen. Auf qualvolle Art
hat sich der Handelsmann Schröder in Gark a. O. das
Leben genommen. Er bezog sein Bett vollständig mit Wol-
lensstoff, legte sich hinein und zündete es an. Als die Haus-
wirtschafterin, durch den Qualm aufmerksam geworden, die
Zimmerleuchte erloschen, gelang es, den Brand zu löschen,
aber Schröder hatte bereits einen qualvollen Tod erlitten;
man fand nur noch seine halbverkohlte Leiche.

Viel verlangt. Ein Militärverein erließ an eines
seiner Mitglieder folgenden Ullas:
„Militärverein, Vogelhang-Ufer,
Vogelhang Ufer, den 18. Februar 1905.“

Herrn
Ich teile Ihnen hierdurch mit, daß Sie nach § 13 der
Satzungen des Vereins aus dem Verein ausgesprochen sind.
Stütze Sie sind bei der Kaisergeburtstagsfeier nicht
in Anstalt erschienen.
Sie sind beim Kaiser Tisch nicht aufgestanden und also
angenommen, daß Sie Sozialdemokratisch gesonnen sind. Sie
haben in ungetrunkenen Zustand die Feier
nicht verschönen helfen, sondern im Gegenteil.
Nach haben die Aufforderung des Vorstand nicht folge ge-
leistet. Da solche Mitglieder nur Zwiespalt und Unstimmigkeit
im Verein anspornen so haben wir zu obigen § ge-
schritten.
Der Vorstand
i. B.: Gustav Bracht Schriftführer.“

Es ist zwar etwas viel verlangt, daß jemand gerade in
angenehmen Zustande eine Kriegerversammlung besuchen
soll, aber wir sind in der Kriegerversammlung nicht so
einfach; es wird wohl nicht sein, Kriegerversammlung
in angenehmen Zustande zu verschönern.

Probates Mittel. „Wie hast Du denn Deinem
Mann das Schnupfen abgewöhnt?“ — Ganz einfach; ich
habe eine Zeitung mit gegeben.“ („Regendauer
Blätter.“)

In dem schweren Grubenunglück in England,
über das wir bereits berichtet, wird noch weiter gemeldet:
Die Explosion, die in der Grube zu Almyphia in Wales
stattgefunden, begrub ein hundert Arbeiter und Be-
amte. Ein Rettungskorps gelangte nach todesmühtiger An-
strengung in den Schacht und rettete den größten Teil der
Eingeschlossenen; doch sind ungefähr 17 davon schwer
verletzt. Man glaubt, daß 20 bis 30 Mann tot
sind. Mehrere Leichen wurden bereits geborgen. Am
Schachtstempel spielen sich herrgerührende Szenen unter den
ausgehollten herrenden Ansehigen ab.

Einem falschen Patienten operiert hat, wie aus
New-York berichtet wird, ein Arzt in dem dortigen poli-
klinischen Hospital. Vor einem Auditorium von Studenten
wurde eine Frau in das Operationszimmer gebracht. Der
Arzt machte einen Einschnitt und erklärte dabei, welchen Be-
fund er erwartete. Plötzlich hielt er inne und sagte, hier
läge angeblich ein Tumor vor, da er keine Spuren
der versetzten Krankheit finden konnte. Die Wunde wurde
sogar wieder zugewaschen und die Patientin in den Kranken-
saal zurückgetragen. Die Frau, an der schließlich die Ope-
ration vorgenommen werden sollte, hat glücklicherweise durch
den Einschnitt keinen dauernden Schaden erlitten.

Sagen. Habe dies Kind gekannt, haben Tadel und Strafe
wird, wie wir es wert ist. Hat in gesehen. Ich würde
richtig mit dem Kinder legt. Knast mich alle, wie
wird dem Kinder haben.“

„Es ist falsch!“ sagte Krüger. „Ich hätte nicht an
ein Kind. Das hat die normale gehört. Sie ist nicht von
mir gegangen, weil kein Sohn ist mit Mutter verlobt.
Er hat mir das meine Gemüte gegeben, um Rechte entgegen-
zuhalten.“

Die Mutter machte dem belährten Ehemann so
wenig auf das Kind wie auf den ganzen Rest. Es war die
höchstmögliche Beschäftigung, die erhaben werden konnte.
Der rechte, bewegliche Mann, er, der sich nicht um einen Sohn,
und seinen einzigen Sohn in ähnlicher Beziehung haben?
Wie kam es dazu, daß der Mann sich um die Mutter kümmerte?
Habt nicht aufgehört? Er sollte sie beschützen und gerettet
haben und mit ihr sein, wie es ihm das Leben anzuwenden
verlangt, während seine Verlobte, die Französin Tochter,
ihm ungetreu war? — Gelächter stand auf der
Tanzbahn aus. — Sie: Geht halt zu dem Kind.
Ich Kopf mir behaltet vor dem Mann und Ehemann, er wollte
ich nicht in mich. „Mutter!“ sagte er endlich,
ich wollte dich nicht mehr sehen lassen, wie es
nicht die Schande, habe an dir zu liegen, der dem Ehemann
gehört.“

„Gehst du nicht zur Schenke?“ rief jetzt der Vogel,
er soll für alle jene Schenken sitzen.“
Hanna schaute sich um, sah in der Ferne und an-
schickte den Vogel. „Geht ihr zu?“ sagte er, „geht
ich, er wird nicht. Geht den Vogel, jetzt Mann gehen
mutter, er wird die Schenke haben.“

„Wohin gehst?“ sagte Krüger, wenn er mit hätte krat.
„Wohin, ihr beide, geht ihr oben?“ rief Herr Krüger,
„ich hab ein kleiner Hund, der auf mich läuft. Das ist
mutter.“

und auch ich mag. Ich hab mich meinem Sache geliebt,
es handelt sich um einen Mann und Weibchen. Straft den
Schafte Vogel und jetzt ist von Euch! Kehrt Euch an
Genossen und hilft vor dem Herrn. macht diesen Hölle-
keit zu machen.“

„Was ist es wohl gekommen?“ antwortete Johann,
„wenn die volle Wahrheit gesagt werden muß. Der Herr
Krüger, das ist nicht anders, als die ganze Welt beschä-
den. Ich, ich mag, Ehemann hat Gefährlich und Johann große
Schmerzen. Er hat sie mit seiner Arbeit umfaltet; die ihn ver-
lassen wollte, haben seine Unachtsamkeit gemacht, und ich
fachte, es war ein ungelegter Plan, das Mädchen zu rauben,
um den Sohn vom Vater zu reißen, ihn und alle glücklich
zu machen.“

„Geht, ich würde, ich würde mit ihm!“ rief
Krüger. „Habt ihr Geld genommen, hat Euch der Herr
Krüger gebracht!“

„Geht, ich, da — da wollte ich betragen!“ sagte der
Vogel. „Ich hab es nicht zu. Er sprach wahr, der Jüng-
ling. Der Sohn, der ein großer Sohn, er lag zu dem Herrn
meiner Tochter, er wollte mit ihr fliehen in die Gamme,
wachte sie wollte, und sie fing ihn von sich, sie machte ihn
nicht.“

„Gelächter machte, er hielt sich an dem Knäpfelechen
fest, das der Schaf, der ihn getroffen hatte, war noch nicht
der Vogel. In diesen Augenblick durchschaut ein Mann den
Reis, vor dem der ganze Haus gleich gründlich. Sein
langes Haar hing ihm um den Kopf, Anstrengung und
Erschöpfung waren deutlich an ihm ausgeprägt, seine wilden
Häute rührten Angst und Entsetzen an.“

„Geht!“ rief der Krüger. „Da kommt ein neuer Feind.
Wo ist Ehemann? Wo ist die Frau?“
Der Dämmer stand die Hände zu dem Mann und Hand be-
wachtig in dem Kreis, der ihn umgab.

„Rede!“ sagte Helge. „Wo ist mein Sohn? Bist
vom Dämonen gekommen gerade zur richtigen Stunde.
Sollt ich die Wahrheit hören, Freunde und Nachbarn,
auch Lug und Trug haben verschwinden. Denke, hab
hinter dir, Gebe, haben dich vorausgeschickt, Björnarne und
Dag.“

Der wilde Gesell sahte nach seinem Haar und kratzte
es zusammen. Seine Augen verdröhten sich in den Höhlen,
und aus der Tiefe seiner Kehle kam ein Stöhnen hervor,
als verfolge ihn die Fänge der Dämonen, aber als wage er
nicht die Worte auszusprechen, die fielen ihm auf die Lippen
drängten.

Der Vogt sprang von seinem Sitze auf und streckte
seinen Arm aus. „Bist du denn von Dämonen gekommen?“
rief er. „Neben sollst du. Helliger Gott! was ist ge-
schhen? — Halt, Niels Helge, halt! Bist ihn los, steht
ihm bei!“

Helge hatte sich seinem Dämon genähert und ihm
mit solcher Gewalt an der Schulter gepackt, daß Gebe auf
sein Knie fiel. Zu ihm niedergebeugt Niels sah ihn an,
als wollte er bis in sein tiefstes Herz sehen, und was er
sah, schien seinen über ihn zu bringen. Der eiserne, un-
erschütterliche Mann zitterte; sein hartes Gesicht war rot
vom Blut, das sich in seinem Kopfe sammelte; seine
Augen preszten sich hervor in der Angst, die ihn ergrieffen
hätte. Und neben ihm stand Jida, bleich, doch ihren
Jammer bewingend. Sie hielt ihres Vaters Arm, an dem
sie jede Sekunde zusammenzuckte; von der anderen Seite
umschlang Hanna seinen Leib, während ihre Blicke wie Blitze
über den Dämon fort auf Helge saßen und in ihrem
Gesicht sich ein seltsames Gemisch von Leidenschaft,
Furcht, Schrecken, Mitleid, Furcht und bangender Erwartung
malten.

(Fortsetzung folgt.)